

Meinhard Johannides – Vorsitzender der Fraktion DAK MG

„Zahlreichen Berichten der letzten Wochen war zu entnehmen, dass die Gesetzliche Krankenversicherung (GKV) das Haushaltsjahr 2024 mit einem Defizit von mehr als 6,2 Milliarden Euro abgeschlossen hat. Diese Entwicklung hat zu deutlichen Erhöhungen der Zusatzbeiträge der meisten Krankenkassen zum Jahreswechsel 2024/25 geführt. Die finanzielle Lage ist nicht nur angespannt, im Gegenteil, sie verschärft sich weiter!

Die Soziale Pflegeversicherung (SPV) steht vor großen finanziellen Herausforderungen. Der Haushalt 2024 schloss mit einem Defizit von 1,54 Milliarden Euro ab. Es ist absehbar, dass die vom Gesetzgeber beschlossene – jedoch unzureichende – Anpassung des Pflegeversicherungsbeitrags, die zum 1. Januar 2025 erfolgt ist, nicht ausreichen wird, um die laufenden Ausgaben des Jahres 2025 zu decken.

Warnungen zahlreicher Expertinnen und Experten, die frühzeitig auf die massiven finanziellen Probleme der GKV und SPV hingewiesen und Gegenmaßnahmen eingefordert haben, wurden von politischer Seite weitgehend ignoriert, teilweise bagatellisiert oder gar bewusst zurückgewiesen – möglicherweise auch aus wahltaktischen Gründen.

Die Reserven der Krankenkassen sind – nicht zuletzt durch politische Maßnahmen – deutlich unter die gesetzlich vorgeschriebenen Mindestrücklagen von 20 Prozent einer Monatsausgabe geschrumpft und betragen aktuell im Durchschnitt nur noch auf 7 Prozent. Bis zum Jahresende 2025 müssen diese wieder auf 20 Prozent aufgefüllt werden - eine nahezu unlösbare Aufgabe.

In der Pressekonferenz am 21. Januar 2025 hat unser Vorstandsvorsitzender eine Studie des IGES-Instituts zur Beitragsentwicklung in der Sozialversicherung vorgestellt und erneut mit Nachdruck auf die dramatische Entwicklung hingewiesen. Er hat dabei u.a. ein Sofortprogramm zur Stabilisierung der GKV-Finzen und einen Kassensturz in der GKV durch die neue Bundesregierung gefordert. Die wesentlichen Details der Kernforderungen waren bereits Gegenstand des Berichtes unseres Vorstandsvorsitzenden, so dass ich diese an dieser Stelle nicht wiederholen möchte.

Die Beitragsspirale in der GKV kann nur durch entschlossenes Handeln gestoppt werden. Das geforderte Sofortprogramm bietet die Möglichkeit, die Beiträge nachhaltig zu stabilisieren. Dies sei ein zwingend notwendiger Schritt, da eine weitere Belastung der Versicherten und Arbeitgeber nicht hinnehmbar ist, so sein Fazit. Die Fraktion der DAK Mitgliedergemeinschaft unterstützt diese Forderungen/das Sofortprogramm ausdrücklich und fordert die Politik zur schnellen Umsetzung der Vorschläge auf!

Noch vor Beginn der Koalitionsverhandlungen hat die voraussichtlich neue Bundesregierung für eine Riesen-Überraschung gesorgt. Sie hat Pläne für Grundgesetzänderungen vorgelegt, die u.a. ein 500 Mrd.-Sondervermögen für Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen vorsehen. Die vor wenigen Tagen beschlossenen Grundgesetzänderungen bieten aus unserer Sicht die Möglichkeit, Maßnahmen zu finanzieren, die zu einer nachhaltigen Entlastung der GKV und SPV beitragen.

Neben den dringend erforderlichen politischen Reformen zur Stabilisierung der GKV sind auch eigene Anstrengungen erforderlich, um den Zusatzbeitrag der DAK-Gesundheit stabil zu halten. In der Ausgabensteuerung konnten im Jahr 2024 durch kluge Vertragsgestaltung usw. erneut signifikante Einsparungen erzielt werden. Ein Erfolg, der zur Stabilisierung der Ausgaben und des Zusatzbeitrags der DAK-Gesundheit beigetragen hat und weiterhin beiträgt. Wir danken allen Beteiligten für ihren Einsatz und wünschen für die kommenden Herausforderungen im Jahr 2025 viel Erfolg und weiterhin gutes Gelingen.

Jede Anpassung des Zusatzbeitrags hat Auswirkungen auf die Mitgliederentwicklung. Verstärkt wurden diese dadurch, dass zum Jahresanfang Millionen Versicherte durch Vergleichsportale aktiv zum Kassenwechsel aufgefordert wurden. Wir gehen davon aus, dass durch die umfangreichen Vorbereitungen, die im Jahr 2024 erarbeitet und zu Beginn des Jahres umgesetzt wurden, größere Versichertenabgänge verhindert werden konnten; die konkreten Zahlen zu den Versichertenbewegungen liegen erst nach dem 31.03.2025 vor.

Als besonders problematisch stufen wir das Verhalten der Firmus BKK ein, die erst nach Ablauf der Sonderkündigungsfrist eine Beitragserhöhung im Laufe des ersten Halbjahres 2025 angekündigt hat. Wir hoffen, dass es den Mitarbeitenden im zuständigen Fachbereich gelingen wird, einen Teil der Versicherten, die zu dieser Kasse gewechselt hat, zurückzugewinnen.“